

DEBATTE

Gastkommentar zu Fukushima

Zwei Jahre danach – ratlos

Debatte Gestern, 06:00

Florian Coulmas, Deutsches Japan-Institut

Das Erdbeben vom 11. März 2011 und der dadurch ausgelöste Atomreaktorunfall in Fukushima trafen Japan in einer schwachen Phase. Die Wirtschaft dümpelte zu diesem Zeitpunkt bereits «zwei verlorene Jahrzehnte» bei minimalem Wachstum und steter Deflation vor sich hin. Der technologische Vorsprung gegenüber den Nachbarn schmolz zusammen, und auch die Bevölkerung und damit der Binnenmarkt hatten begonnen zu schrumpfen.

Gewiss, die Japaner waren reich, gebildet und recht gesund, aber sehr alt und vielleicht deshalb ohne Zukunftsvision, als die Katastrophe über den Nordosten des Landes hereinbrach: ein Erdbeben einer Stärke, ein Tsunami einer Höhe und Wucht, wie sie noch nie jemand erlebt hatte.

Das erinnert an das grosse Erdbeben von Lissabon im 18. Jahrhundert. Das portugiesische Königreich war auf dem Gipfel seiner Macht, als die Stadt der sieben Hügel 1755 von einem gigantischen Beben und dem ihm folgenden Tsunami fast vollständig zerstört wurde. Diese Naturkatastrophe war die erste, für deren Bewältigung ein Staat Verantwortung akzeptierte. Lissabon war damals die prächtige Metropole des grössten Kolonialreichs der Welt. Das Erdbeben brachte es nicht zu Fall, aber – darin sind sich die Historiker einig – es trug zu seinem Niedergang bei.

Im Diskurs der Aufklärung spielte das Erdbeben von Lissabon eine so bedeutende Rolle, dass man sich noch heute daran erinnert. Ein Aspekt der Katastrophe, der die europäischen Intellektuellen jener Zeit beschäftigte, hatte eben mit der Verantwortung zu tun, die der Staat für die Suche und Rettung von Opfern und für den Wiederaufbau der Hauptstadt auf sich nahm.

Wie liess sie sich begründen, wenn doch Gottes Wille die Menschheit bestraft hatte? Das war damals noch eine ernsthaft diskutierte Frage. Der grosse Genfer Philosoph Jean-Jacques Rousseau gab in einem Brief an Voltaire zu bedenken, dass es keine Naturkraft gewesen sei, die auf engem Raum zwanzigtausend sechs- bis siebenstöckige Häuser hatte entstehen lassen. Hätten die Einwohner

Lissabons weiter auseinander und nicht in so hohen Häusern gewohnt, wäre der Schaden geringer gewesen. Rousseau hatte wahrscheinlich recht, nur zog daraus niemand die Konsequenz, keine Städte mehr zu bauen. Ganz im Gegenteil: Lissabon ist heute dort, wo es damals war, und hat doppelt so viele Einwohner. Unterdessen ist zudem die Urbanisierung stetig vorangeschritten und hat die grosse Stadt zu einem Kern unserer Zivilisation werden lassen – mit allen Risiken, die damit verbunden sind.

In den höchstentwickelten Industrieländern ist die Landbevölkerung auf einstellige Prozentzahlen zurückgegangen, während sich die Bevölkerung massenhaft in grossen und mittleren Städten konzentriert – auch in Japan. So gesehen war der Schauplatz des Desasters im März 2011 noch Glück im Unglück, denn mit Ausnahme der Grossstadt Sendai gehört der nordöstliche Küstenstreifen Tohokus zu den weniger dicht besiedelten Gebieten Japans. Hätte ein ähnlich starkes Beben eines der urbanen Zentren weiter im Westen getroffen, den Grossraum Tokio oder Nagoya oder Osaka/Kobe, dann wäre der Schaden viel grösser gewesen. Erdbeben und Springflut vor zwei Jahren in Tohoku waren Kräfte der Natur, aber die Verwüstung, die sie anrichteten, wurde durch menschliches Hinzutun wesentlich verschlimmert.

Nicht nur deshalb, aber auch deshalb muss der Staat hier in die Verantwortung treten. Das Atomkraftwerk Fukushima Daiichi wurde in voller Absicht an der Küste der Präfektur Fukushima erbaut, um die Risiken zu minimieren, denn da wohnen nicht viele Menschen. Das Kraftwerk wurde mit staatlicher Zustimmung und unter staatlicher Aufsicht erbaut. Der Bevölkerung wurde von staatlichen Instanzen versichert, dass sie unbesorgt sein könne; und sie nahm diese Versicherung gern hin, denn Atomkraftwerke sind für die Kommunen, in denen sie angesiedelt sind, sehr einträglich. Dass der Staat bei der Katastrophe vom 11. März eine zentrale Rolle zu spielen hatte, stand deshalb von Anfang an ausser Frage.

Die raison d'être moderner Staaten ist die Gewährleistung von Sicherheit und Wohlergehen der Bürger. Die obersten Repräsentanten des japanischen Staats zögerten nicht, sich dieser Verantwortung unverzüglich zu stellen. Im Rückblick müssen wir dennoch feststellen, dass es dem Staat als Ganzem nicht gut gelungen ist, ihr und den Erwartungen der Opfer gerecht zu werden. Das hat vielfältige Ursachen, deren geringste persönliches Versagen ist. Sie liegen zum einen in den Ausmassen der Katastrophe und sind zum anderen in institutionellen Strukturen und in der politischen Kultur zu suchen.

Naoto Kan, damals Premierminister, war bereits am Morgen des auf die Flutkatastrophe folgenden Tags mit dem Helikopter auf dem Gelände des Kernkraftwerks in Fukushima Daiichi, um sich vor Ort zu informieren; denn er und seine Berater hatten begriffen, dass von hier eine weit über den Ort hinausreichende Bedrohung ausgehen könnte. Im weiteren Verlauf nahm Kan

die Betreiberfirma Tepco in die Pflicht und verbot ihr, alles Personal vom Kraftwerk abzuziehen, wodurch das Desaster völlig ausser Kontrolle geraten wäre. Da er in der Katastrophe sofort eine nationale Krise erkannte, forderte er die damals oppositionelle Liberaldemokratische Partei (LDP) zur Zusammenarbeit auf, um eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Die verweigerte sich jedoch und sah in dem Unglück nur eine Gelegenheit, an die Macht zurückzukehren, die sie zwei Jahre zuvor eingebüsst hatte, und betrieb deshalb Obstruktion.

Trotz der Krise erhielt Kan auch von seiner eigenen Demokratischen Partei keine Unterstützung, da er ein ungeliebter Aussenseiter war. Er liess die Pläne für den Bau neuer Atomkraftwerke zurücknehmen. Mit vierzehn neuen AKW, die unter der Ägide der LDP geplant worden waren, sollte der Anteil des Atomstroms bis 2030 auf mehr als die Hälfte von Japans Elektrizitätsbedarf gesteigert werden. Darüber hinaus rief Kan zum raschen, schrittweisen Ausstieg aus der Kernkraft auf. Er erzwang die Abschaltung des zwischen Tokio und Nagoya auf erdbebengefährdetem Grund gelegenen Atomkraftwerks Hamaoka und brachte ein Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien durchs Parlament. Von seinen Parteifreunden wurde er dafür demontiert und binnen weniger Monate nach der Katastrophe in die Wüste geschickt.

Unterdessen zeigten Meinungsumfragen, dass die Mehrheit der Japaner für den Ausstieg aus der Atomenergie ist, dass diese Mehrheit immer grösser wird (gegenwärtig 70 Prozent) und dass viele von ihnen bereit sind, dafür gewisse Opfer (höhere Strompreise) zu bringen. Das hinderte sie jedoch nicht, bei den Parlamentswahlen im Dezember 2012 wieder der Partei die Regierungsverantwortung zu übertragen, die Japan über fünfzig Jahre vom Atomstrom abhängig gemacht hatte. Die LDP hielt es nicht einmal für nötig, in ihrem Wahlprogramm eine klar formulierte Energiepolitik vorzulegen. Trotzdem gewann sie die Wahlen haushoch. Daraus ist zwar nicht zu schliessen, dass die Japaner mehrheitlich begeisterte LDP-Anhänger wären, war doch die Wahlbeteiligung noch nie so niedrig, die Politikverdrossenheit noch nie so ausgeprägt. Aber der Sieg der LDP bedeutet doch, dass die Wähler nicht bereit waren, ihre Atom-Aversion an der Urne umzusetzen und zu verhindern, dass wieder die alte Pro-Atom-Partei ans Ruder käme. Die bis zur Wahl regierende Demokratische Partei wurde für ihre chaotische Politik und die von Premier Noda durchgesetzte Mehrwertsteuererhöhung bestraft, aber auch die Parteien, die mit einem dezidierten Anti-Atom-Programm antraten, schnitten schlechter ab denn je.

In seinem unlängst erschienenen Buch, in dem er darstellt, wie er die Katastrophe erlebt hat, schreibt Kan: «Hier geht es nicht nur um technische und wirtschaftliche Fragen, sondern um unsere Lebensart, um unsere Zivilisation. Der Atomunfall ist ein Unglück, das aus falschen Weichenstellungen der ganzen Kultur resultierte. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist kein technisches

Problem: Er hängt letzten Endes davon ab, was die Menschen wollen.» Diese Einschätzung wird von vielen Japanern geteilt; dennoch gelang es Kan bei den Wahlen nicht einmal, seinen eigenen Wahlkreis zu verteidigen.

Auf eine grosse Verunsicherung und Ratlosigkeit deuten diese Ergebnisse hin. Zwei Jahre nach der Katastrophe geht der Wiederaufbau der weggeschwemmten Dörfer und Städte noch immer schleppend voran. Die vor einem Jahr geschaffene Agentur für Wiederaufbau ist machtlos und klagt über zu geringe Finanzierung. Andere Institutionen des Staates verwickeln sich in den undurchsichtigen Strukturen der Kompetenzverteilung: Umweltministerium, Präfekturen, Landkreise und Gemeinden streiten darum, von wem die zur Verfügung stehenden Gelder wie verteilt werden dürfen.

Es offenbaren sich hier gewisse Schwächen des Rechtsstaats. Die Küstenstädte tun sich schwer, höher gelegenes Bauland zu finden und bereitzustellen, damit die zerstörten Ortsteile wiederaufgebaut werden können. Um auf für Forst- oder Landwirtschaft ausgewiesenen Flächen zu bauen, bedarf es aber langwieriger Verfahren, die auch die Zentralregierung in Tokio betreffen. Einstweilen harren die Bewohner, die nicht weggezogen sind, in Containerwohnungen aus. Desgleichen Zigtausende, die aus der Umgebung des zerstörten Atomkraftwerks evakuiert werden mussten und noch auf Entschädigung warten. Da es dabei um viele Milliarden Yen geht, dauert die Verteilung lange, von Straf- und Zivilprozessen, die jetzt erst anlaufen, ganz abgesehen.

Auch die Dekontaminationsarbeiten, durch die Gebiete im weiteren Umkreis des Kraftwerks Fukushima Daiichi wieder bewohnbar gemacht werden sollen, gehen nur langsam voran, obwohl täglich Tausende von Arbeitern damit beschäftigt sind. Viele Probleme sind noch nicht gelöst. Wohin mit der abgetragenen Erde, dem Laub und den Pflanzen, die mit schädlichem Cäsium verseucht sind? Selbst die vom Tsunami zurückgelassenen Trümmer sind noch nicht überall beseitigt. Die betroffenen Präfekturen sind überfordert, weswegen die übrigen Präfekturen aufgefordert wurden, ihre Verbrennungsanlagen dafür zu öffnen. Ihre Verwaltungen lehnten das fast ausnahmslos ab, obwohl die Bevölkerung, in deren Namen sie vorgeben zu sprechen, laut Umfragen mit grosser Mehrheit dafür sind, den leidtragenden Präfekturen zu helfen. Hier zeigt sich eine Kluft zwischen Staat und Gesellschaft.

Die schwierige Frage der Zukunft der Kernenergie bleibt einstweilen offen. In der öffentlichen Debatte gibt es zwei Positionen. Die einen beklagen das Fehlen unabhängiger Kontrollinstanzen als Demokratiedefizit und plädieren für mehr Bürgerbeteiligung bei Entscheidungen; die anderen, die eher das Ohr der jetzigen Regierung haben, beharren darauf, dass Japan sich nicht aus dem globalen Technologiewettbewerb zurückziehen dürfe, und wollen deshalb an der Atomenergie festhalten. Gerade hat die japanische Regierung Verhandlungen über den Bau von Atomkraftwerken mit Saudiarabien aufgenommen. Die

Atomgegner haben ein paar grössere Kundgebungen auf die Beine gebracht, aber eine Massenbewegung, ein kollektiver Aufschrei, der die institutionalisierte Politik zum Handeln bewegen könnte, ist daraus nicht geworden. Man gewinnt zunehmend den Eindruck, dass die demokratische Regierungsform selbst an ihre Grenzen stösst.

Die Wähler sind nicht dumm, aber ratlos, und es gebricht ihnen an Elan und Mut. Sie wissen sehr gut, dass die Katastrophe vom 11. März erst durch menschliches Handeln (zu dicht an der Küste bauen) und Unterlassen (das Kraftwerk nicht ausreichend schützen) zu einer solchen werden konnte, ganz wie das Erdbeben von Lissabon.

Wer ist schon kraft solider Kenntnisse in der Lage, die Risiken abzuwägen? Das weitere Betreiben von Atomkraftwerken; die Auswirkungen des vermehrten Gebrauchs fossiler Brennstoffe auf das Klima und damit auf unseren Lebensraum; die Abkehr von einem Lebensstil, der auf der exponentiellen Zunahme der Energieausbeutung beruht und die Weltbevölkerung seit dem Erdbeben von Lissabon sich verzehnfachen liess. – Ist der Wähler, der darüber nachdenken soll, nicht überfordert? Und hat er nicht recht, wenn er befürchtet, dass die Vertreter des Staates und diejenigen, die sich zur Wahl stellen, es auch sind? Dass die LDP ohne Energiepolitik in den Wahlkampf zog, deutet auf unüberbrückbare interne Streitigkeiten hin. Für eine Partei ist das bei einer so wichtigen Frage peinlich; es ist aber auch ein Indiz objektiver Komplexität. Energie wird immer teurer. Japan hat keine Rohstoffe und ist deshalb auf den Weltmarkt angewiesen. Das ist eine objektive Zwangslage.

Unlängst wurde sie wieder auf beklemmende Weise vor Augen geführt. Am 21. Januar wurden auf dem Gasfeld von Amenas in der Wüste Algeriens 37 Ausländer getötet, unter ihnen zehn Japaner. Sie waren dort für die Japanese Gasoline Co. tätig. Einer von ihnen, Fumihito Ito, stammte aus Minami-Sanriku, einer Hafenstadt an der japanischen Küste, die am 11. März 2011 fast komplett weggespült wurde; auch sein Elternhaus. Seine Geschichte und die der anderen getöteten Geiseln haben die Japaner in unvergleichlich grösserem Masse betroffen gemacht als andere Unglücke, bei denen ebenso viele Menschen zu Schaden kamen. Denn dieser Vorfall verkörpert die ganze traumatische Bedrängnis, in der sich viele Japaner heute sehen. Trotz karger und oft widriger Natur haben sie sich einen hohen Lebensstandard geschaffen, für den sie weithin bewundert werden. Um ihn zu erhalten, müssen sie aber auf den globalen Märkten, insbesondere denen der Energie, aktiv sein, wo sie wiederum mit unkalkulierbaren Risiken konfrontiert werden. Einen Ausweg scheint es nicht zu geben, ja nicht einmal eine Vision, die sich die japanische Gesellschaft mehrheitlich zu eigen machen würde. Weiterlavieren in der Politik ist die Folge.

Zwei Jahre sind lang, wenn man sie in einer Containerwohnung verbringen muss; für die Beseitigung der Folgen einer so immensen Katastrophe wie der

vom 11. März 2011 sind sie eine kurze Zeit; und in der Geschichte unserer Zivilisation sind sie ein Wimpernschlag. In Lissabon gemahnt noch heute, nach mehr als zweieinhalb Jahrhunderten, die Ruine des Convento do Carmo, eines Karmeliterklosters, mitten in der Stadt an das furchtbare Erdbeben, das fast alle Sakralbauten zum Einsturz brachte. Die verheerenden Folgen des grossen ostjapanischen Erdbebens sind heute in den japanischen Küstenstädten noch überall sichtbar, und vielerorts werden Gedenkstelen errichtet. Ob in zweieinhalb Jahrhunderten noch Ruinen daran erinnern werden, wissen wir nicht, aber dass Historiker es einmal als Wegmarke von Japans Niedergang beschreiben werden, erscheint aus heutiger Sicht durchaus möglich – wie das grosse Erdbeben von Lissabon.

KOMMENTARE
